



Statement des 6. Beschuldigten im §278a-Prozess

Ich engagiere mich seit vielen Jahren dafür, dass Tiere um ihrer selbst Willen leben können. Tiere gelten in weiten Teilen unserer Gesellschaft als eine frei verfügbare Ressource. Sie werden einzig und allein zum Nutzen von Menschen in Käfigen gezüchtet, in Labors seziert und in Schlachthöfen gewaltsam umgebracht und zerstückelt. Ich halte es daher für notwendig sich für die Freiheit der Tiere und eine gewaltfreie Gesellschaft einzusetzen!

In die Ermittlungen bin ich geraten, da zwei Freunde von mir miteinander telefonierten: Einer war in der Funkzelle eingeloggt, als in einer Kleider Bauer Filiale im Norden Wiens eine unangemeldete Demonstration stattfand. Diese Demo wird uns im Verfahren noch beschäftigen, weil sie ohne, dass Schaden feststellbar war, als „Sachbeschädigung“ geführt wird. Mein zweiter Freund hat mit mir gemeinsam einen Handy-Partnervertrag, der auf mich angemeldet ist. Und da ich der Polizei als Tierrechtsaktivist bekannt bin, war das Anlass genug mich ab dann durchgehend und immer umfangreicher zu überwachen.

Offensive gegen die Pelzindustrie

Durch die staatliche Überwachung wurde ich mit der Offensive gegen die Pelzindustrie (OGPI, www.anti-pelz.org) in Verbindung gebracht. Deswegen wurde meine Überwachung immer wieder verlängert, so als wäre eine Unterstützung der OGPI an sich schon strafbar. Ich werde als Hauptaktivist, Pressesprecher und „Kontochecker“ der OGPI betitelt. Nichts davon stimmt!

Die OGPI ist völlig legaler Zusammenschluss von kleinen öffentlichen Tierrechtsgruppen, die sich gegen den Pelzhandel engagieren. Die OGPI dokumentiert alle Aktivitäten rund um das Thema Pelz. Außerdem kann Infomaterial (Flyer, Poster etc.) zu aktuellen Kampagnen gegen Pelzverkauf bestellt werden. Weder beinhaltet die Website der OGPI Aufrufe zu Straftaten, noch sonst irgendwelche illegalen Inhalte.

Kampagnen

Als soziale Bewegung ist es normal und gerechtfertigt Kampagnen zu organisieren, wie es die OGPI tut. Durch Öffentlichkeitsarbeit, wie Kundgebungen, Vorträge, Flugblätter, zivilen Ungehorsam, etc. wird versucht gesellschaftliche Probleme aufzugreifen und zur Diskussion zu stellen. Zum Beispiel habe auch ich mich an der Kampagne gegen den Pelzverkauf bei Kleider Bauer beteiligt. Ich habe immer wieder an Kundgebungen vor Kleider Bauer und dem Tochterunternehmen Hämmerle teilgenommen, aber keine Sachbeschädigung oder Nötigung begangen, wie mir vorgeworfen wird. Das wird im Laufe des Verfahrens noch gezeigt werden.

In den vergangenen Jahren habe ich mich auch an Aktionen des Zivilen Ungehorsams beteiligt. So zum Beispiel habe ich mich im Eingang von Escada in Wien angekettet und ich sehe dies auch als gerechtfertigtes Mittel an, gesellschaftliche Probleme an die Öffentlichkeit zu bringen. Genau diese Kampagnentätigkeit wird mir und den anderen Angeklagten jetzt vor Gericht vorgeworfen. Wir organisieren Demos und setzen Aktionen des Zivilen Ungehorsams und deswegen werden wir kriminalisiert, landen in Untersuchungshaft und auf der Anklagebank.

Die Basis einer jeden seriösen Kampagne ist Recherche, auch das wird mir hier zum Vorwurf gemacht. Nur mit Recherche kann vermieden werden, dass Falschinformationen verbreitet werden. Außerdem müssen Firmengeflechte durchschaut und Wissen über Geschäftspartner_innen angeeignet werden, um Flugblätter zur Kampagne zu gestalten, Medienarbeit zu machen, sowie Artikel zu schreiben. Letzteres ist ein weiterer Vorwurf gegen mich.

Ansonsten wird mir vorgeworfen:

Die Teilnahme an Treffen, der Besuch von Konferenzen und das Abhalten von Vorträgen, das Verfassen eines Artikels, die Kontaktaufnahme mit Unternehmen und anderen Aktivist_innen, sowie das Weiterleiten von Aktionsaufrufen. Die Anschuldigungen sind dermaßen absurd, dass ich gar nicht weiß, was ich dazu kommentieren soll. All das ist ganz normale Tierrechtsarbeit und hat keinerlei Verbindungen zu strafbaren Handlungen!

Soko Bekleidung

Für uns war sehr schnell klar, dass unsere Kampagne gegen Pelz bei Kleider Bauer von höchster Stelle nicht erwünscht oder geduldet wird. Schon zu Beginn der Kampagne trafen sich die Chefs von Kleider Bauer mit Spitzen-Beamt_innen des Bundesministeriums für Inneres. Neben dem Generaldirektor für die Öffentliche Sicherheit, waren der Wiener Polizeipräsident, Beamt_innen vom Bundeskriminalamt, sowie des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung anwesend. Als Resultat aus diesem Treffen wurde eine 32-köpfige Sonderkommission gegründet und die Anwendung des Paragraphen 278a beschlossen. Die Ermittlungsergebnisse der folgenden Monate wurden danach dementsprechend interpretiert und zum Teil verdreht.

Ein Beispiel: Ich soll der Chef der Basisgruppe Tierrechte (BAT, www.Basisgruppe-Tierrechte.org) sein, dabei gibt es in unserer Gruppe explizit keine Führungspersonen! Das ergibt sich aus unserem politischen Selbstverständnis, das basisdemokratische Entscheidungsstrukturen vorsieht, wo alle gleichberechtigt mitentscheiden. So wurden von der Soko Rollen (Chef, Computer-Experte etc.) zugewiesen, da diese Arbeitsteilung und Hierarchie eine Voraussetzung für die Anwendung von §278a ist.

Dies zeigt den Verfolgungswillen der Soko sehr gut. Dabei muss klar gesagt werden: Es gibt keine kriminelle Organisation und es gab sie auch nie!

Vielmehr sollen lästige Demonstrant_innen vor Hämmerle oder Kleider Bauer kriminalisiert werden, und §278a ist das passende Mittel dafür. Es werden keine Straftaten aufgeklärt, sondern indirekt denen zugeschoben, die bekannt dafür sind, dass sie Tierausbeutung ablehnen. In Wirklichkeit wird unsere Meinung als ein Merkmal der Mitgliedschaft in einer von Staatsanwaltschaft und Soko herbeikonstruierten kriminellen Organisation gewertet.

Unsere Gruppe macht seit vielen Jahren regelmäßig Kundgebungen und Infotische. Dabei sind wir kaum mehr als ein Dutzend Aktivist_innen. Auf unseren Kundgebungen wurden niemals strafbare Handlungen gesetzt. Dass wir nicht bedrohlich wirken, zeigt die große positive Resonanz der Öffentlichkeit, die uns immer wieder unterstützt hat: Wir haben tausende Unterschriften gesammelt, Flyer verteilt und mit dem Megaphon die Öffentlichkeit informiert.

Doch der Widerstand der Behörden war schon lange spürbar: Kundgebungen wurden mit fadenscheinigen Begründungen untersagt (Bei der Soko-Gründung wurde beschlossen, dass „alle administrativen Mittel ausgeschöpft werden sollen“ um unsere Demos zu untersagen, auch wenn der Wiener Polizeipräsident klarstellte, dass „kein klarer Zusammenhang zwischen den Demos und den Straftaten“ nachweisbar wäre) und alle Kundgebungen wurden vom Landesamt für Verfassungsschutz und

Terrorismusbekämpfung beobachtet. Der Soko-Leiter Böck hatte laut den Akten sogar die Order gegeben, dass alle Kundgebungen zum Thema Tierschutz/Tierrechte von der Wiener Einsatzgruppe Alarm (WEGA) flankiert werden sollen, um somit der Öffentlichkeit gezielt den Eindruck „außergewöhnlich gefährlicher Demonstranten“ zu vermitteln und uns damit im Hinblick auf die geplanten Hausdurchsuchungen und Haftbefehle ein gefährliches Image zu verpassen.

Unverhältnismäßige Ermittlungen

Die völlige Unverhältnismäßigkeit der Ermittlungen zeigt die Eskalation der Überwachung: Mein Handy wurde überwacht, mein Konto geöffnet, an meinem Haus war eine Kamera heimlich installiert worden, ich wurde über Monate observiert und schließlich noch Ziel eines Großen Lauschangriffs. Ich war also rund um die Uhr überwacht! Dass keine strafbaren Aktivitäten beobachtet wurden, war für die Soko aber kein Hinweis auf Unschuld, stattdessen auf die besonders hohe „Konspirativität“. Der Große Lauschangriff kommt in meinem Abschlussbericht und Strafantrag gar nicht mehr vor. Ganz einfach, weil sich daraus nichts Belastendes ergeben hat. Dies ist das typische Vorgehen der Soko.

Warum all das? Der Verfolgungswille ist extrem groß: Nervende Demonstrant_innen sollen ruhig gestellt werden, der Paragraph 278a ist das passende Instrument dafür.

Wir alle wurden nicht ermittelt, sondern waren der Polizei ohnehin bekannt! §278a wird ganz einfach auf die bekanntesten Tierrechtler_innen angewendet. So ein riesen Ermittlungsaufwand, solch enorm hohen Kosten müssen gerechtfertigt werden. Der Erfolgsdruck war und ist sehr groß.

Es gab umfangreiche Ermittlungsmaßnahmen und völlig ausufernde Überwachung. Doch wo sind all die Ergebnisse? Verdeckte Ermittler_innen, Peilsender auf Autos, Handy-Bewegungsprofile, videoüberwachte Häuser... Da sich viele Ermittlungsergebnisse nicht in den Akten befinden, ist davon auszugehen, dass sie Entlastendes lieferten. Während jedes Telefonat, das zur Belastung genutzt werden kann, aufgeblasen und gewertet wird, fehlen durchwegs die entlastenden Fakten. In den Gerichtsakten landet immer nur das, was eine schiefe Optik fördert und zum Stimmung machen genutzt werden kann. Um uns in ein schlechtes Licht zu stellen wurde überall das Schlimmste hineininterpretiert.

Freie Meinungsäußerungen werden als Beleg der Mitgliedschaft in einer Kriminellen Organisation gewertet, die Unschuldsvermutung wird systematisch untergraben. Das ist es, was wir hier erleben. Dem ganzen Prozess liegt ein Strafantrag zugrunde, der nur so von Fehlinterpretationen und unbelegten Behauptungen strotzt. Das werden wir im Laufe des Prozesses noch zeigen.

In diesem Verfahren wird über den Umweg des Paragraphen 278a die Freie Meinungsäußerung und das Versammlungsrecht untergraben, das Recht auf Privatsphäre abgeschafft und journalistische Tätigkeiten kriminalisiert.

Weil ich das nicht mittragen werde, mache ich ab sofort von meinem Recht Gebrauch, die Aussage zu verweigern.

Rückfragehinweis:

Alexandra Sommer

Telefon: 0681 – 20 32 18 42

Email: presse-antirep2008@riseup.net

Web: <http://www.antirep2008.tk>